



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 5. September 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*41. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 4. September 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss beschäftigte sich mit dem **Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/555](#). Nach einer umfassenden Beratung kamen die Ausschussmitglieder überein, das Innenministerium um eine ergänzende Stellungnahme zum Themenkomplex Protokollierung beim Vorgangsbearbeitungssystem @rtus zu bitten. Die Beratungen sollen nach Vorlage der Stellungnahme fortgesetzt werden.

Der Ausschuss beriet über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/119](#), und die dazu vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen. Die Landtagsverwaltung wurde um eine synoptische Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen aus der durchgeführten Anhörung gebeten, bevor die Beratungen fortgesetzt werden sollen.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Einführung des Streikrechts für bestimmte Beamtinnen und Beamte**, [Drucksache 18/731](#), ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des durch den Antragsteller noch einmal modifizierten Gesetzentwurfs.

Im Zusammenhang mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN zur **Ortung von Bürgern durch nicht-individualisierte Funkzellenabfragen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1021](#), sprach der Ausschuss die Bitte an das ULD aus, angelehnt an den Abschlussbericht zur rechtlichen Überprüfung von Funkzellenabfragen durch den Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit aus dem September 2012 eine entsprechende Prüfung in Schleswig-Holstein durchzuführen. Die Ausweitung dieser Bitte an das ULD, dabei auch den Verfassungsschutz mit einzubeziehen, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme

der PIRATEN abgelehnt. Der Ausschuss nahm in Aussicht, nach Vorlage der Antwort des ULD seine Beratungen fortzusetzen.

Seine Beratungen zu dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation (PRISM)**, [Drucksache 18/936](#) (neu), und den weiteren Vorlagen in diesem, [Drucksachen 18/1063](#), [18/1065](#) und [18/1075](#) Zusammenhang stellte der Ausschuss vor dem Hintergrund des angekündigten Versuchs der Fraktionen, hier zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, zunächst zurück.

Einstimmig empfahl der Ausschuss ohne weitere Aussprache dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes**, [Drucksache 18/1019](#), unverändert anzunehmen.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**, [Drucksache 18/899](#), und zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**, [Drucksache 18/1049](#), stellte der Ausschuss bis zur Vorlage des Votums des beteiligten Sozialausschusses zurück.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/994](#), schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Vor dem Hintergrund der Selbstbefassung des Europaausschusses mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein**, [Drucksache 18/923](#), beschlossen die Ausschussmitglieder, vor ihrer Beratung die Befassung und Empfehlung des Europaausschusses abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder legten fest, zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Stärkung der Partizipation auf Kommunal- und Kreisebene**, [Drucksache 18/1040](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen ihre Anzuhörenden zu benennen.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet**
Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/195](#)

- **Blockadepolitik im Bundesrat beenden**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/1044](#)

Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, in ihrer Sitzung am 2. Oktober 2013 die Anhörung der Bewerberinnen um das Amt der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts beim dem Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein durchzuführen.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder